

Antrag

der Abgeordneten Nicole Höchst, Marc Bernhard, Matthias Büttner, Petr Bystron, Siegbert Droese, Dietmar Friedhoff, Waldemar Herdt, Frank Magnitz, Andreas Mrosek, Christoph Neumann, Tobias Matthias Peterka und der Fraktion der AfD

Qualitätspakt Schule – Humane und humanistische Bildung durch Schüler-Lehrer-Kontakt gewährleisten

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Kinder sind unser höchstes Gut und unsere gesellschaftliche Zukunft. Ihre Gesundheit, ihr Schutz und ihre Bildung haben allerhöchste Priorität.

Die Menschen von heute wie von morgen werden durch Bildung in die Lage versetzt, als mündige Bürger eigenständig und eigenverantwortlich in den Kommunikationswelten zu handeln.

Sie sollen durch humane und humanistische Bildung immun gemacht werden gegen Ideologisierung und virtuell bedingte Abhängigkeiten sowie Vereinsamung. Der Mensch, mit seiner Urteilskraft und seinem Tatendrang, hat im Mittelpunkt von humanistisch angeleiteter pädagogischer Praxis zu stehen (www.nzz.ch/meinung/digitale-bildung-vernunft-und-empirie-helfen-weiter-ld.1552714).

Als während der Schulschließungen durch den Corona-Shutdown Online-Lernen und digitale Medien zum Einsatz kommen sollten, stellten 66 Prozent der Lehrer fest, dass ihre Schulen in Bezug auf die Nutzung der technischen Ausstattung weniger gut bis schlecht vorbereitet waren. Auch der DigitalPakt Schule konnte hieran nichts ändern. 28 Prozent der Lehrer hatten einen höheren Arbeitsaufwand als vorher. Die Unterrichtsformate beschränkten sich vor allem auf Aufgabenblätter, Erklärvideos und Präsentationen. Nur wenige Lehrer haben Audio-, Video- oder Schreibkonferenzen genutzt, wobei an Gymnasien die größte Bandbreite an Formaten angeboten wurde und an Hauptschulen die geringste (<https://deutsches-schulportal.de/unterricht/das-deutsche-schulbarometer-spezial-corona-krise/>).

Der Online-Unterricht konnte offenbar den Präsenzunterricht nicht ersetzen. Neben Mangel an digitaler Ausstattung und geeigneten digitalen Unterrichtsinhalten nennen Lehrer an dritter und vierter Stelle die Schwierigkeiten bei der Kommunikation mit Eltern und Schülern sowie die Erreichbarkeit der Schüler (Forsa: Das Deutsche Schulbarometer Spezial Corona-Krise, Berlin, S. 3). 37 Prozent der befragten Lehrer sagten

nach der Schulschließung in der Forsa-Umfrage, „dass sie mit „weniger als der Hälfte“ oder sogar nur mit „sehr wenigen Schülerinnen und Schülern“ regelmäßigen Kontakt haben. An Grundschulen sind es sogar 47 Prozent“ (<https://deutsches-schulportal.de/unterricht/das-deutsche-schulbarometer-spezial-corona-krise/>). Schüler, die von ihren Lehrern nicht erreicht werden können, erhalten vermutlich zumeist auch keinen Online-Unterricht.

Ein längerer Unterrichtsausfall, und zwar ganz besonders in der Grundschule, kann sich messbar dauerhaft auf die berufliche Zukunft der Schüler sowie auf die Volkswirtschaft auswirken, wie eine Langzeitstudie nach einem Lehrerstreik in Argentinien zeigt. Die Schüler versäumten durchschnittlich ca. 88 Tage Unterricht. Messbare Effekte waren noch im Alter von 30 bis 40 Jahren signifikant nachweisbar (http://barrett.dyson.cornell.edu/NEUDC/paper_179.pdf, S. 1). Besonders Schüler aus Familien mit geringem Einkommen und niedrigem Bildungsabschluss der Eltern sind aufgrund des Unterrichtsausfalls von Nachteilen im späteren Berufsleben betroffen (ebd., S. 26).

Die langen Schulferien im Sommer gehen erfahrungsgemäß mit einem gewissen Verlust des zuvor Gelernten einher. Nach den flächendeckenden Schulschließungen während der Corona-Pandemie ist zu erwarten, dass Schüler im Herbst – trotz Fernunterricht – mit nur knapp 70 Prozent ihres Lernerfolgs im Lesen und knapp 50 Prozent ihres Lernerfolgs in Mathematik an die Schulen zurückkehren werden, so die Forscher Kuhfeld et al. (www.edworkingpapers.com/ai20-226). Auch hier werden Schüler aus Familien mit geringem Einkommen und niedrigem Bildungsabschluss der Eltern besonders stark das Nachsehen haben (www.nwea.org/content/uploads/2020/05/Collaborative-Brief_Covid19-Slide-APR20.pdf, S. 2 ff.).

Die Unterschiede des Bildungsniveaus aufgrund sozialer Ungleichheit zwischen den einzelnen Schülern werden sich aufgrund des Unterrichtsausfalls und des Fernunterrichts bis zum Herbst dramatisch vergrößert haben, dieser Meinung sind auch 86 Prozent aller befragten Lehrer in der Forsa-Umfrage (Forsa: Das Deutsche Schulbarometer Spezial Corona-Krise, Berlin, S. 21). Die Arbeitsbelastung für Lehrer wird dadurch deutlich steigen.

Das Fehlen geeigneter eigener Computerausstattung nannten nur 8 Prozent der Schüler als besondere Herausforderung während des Corona-Shutdowns, trotzdem konnten mehr als ein Viertel der Schüler digital nicht von den Schulmitarbeitern erreicht werden (www.bildungsmanagement.net/Schulbarometer/HuberEtAl-2020-Schul-Barometer-EinigeBefunde-PPT-20-04-20-sgh.pdf, S. 5 f.). Dies bedeutet, dass den Schülern der gewohnte unmittelbare soziale Zusammenhang mit den Mitschülern und Lehrern fehlte. Die pauschale digitale Aufrüstung würde hier wohl kaum helfen können.

Offensichtlich kann weder Online-Lernen noch stundenlanges Sitzen am Computer den Präsenzunterricht in der Schule ersetzen. Der Philosoph Julian Nida-Rümelin und der Erziehungswissenschaftler Klaus Zierer sehen in der unbedachten Digitalisierung des Bildungsalltags die Gefahr „eine(r) Schwächung der Persönlichkeit der Lernenden durch einen Verlust der Lehrer-Schüler-Beziehung, soziale Isolation und digitale Abhängigkeit. In Zeiten einer digitalen Transformation ist somit die Professionalisierung von Lehrkräften wichtiger denn je. Sie benötigen die Urteilskraft, entscheiden zu können, welches Medium sie für welche Lernenden wann, wie und vor allem warum einsetzen“ (www.nzz.ch/meinung/digitale-bildung-vernunft-und-empirie-helfen-weiter-ld.1552714, S. 11). Bei einer Schulschließung ist jedoch nur noch Fernlernen möglich, so dass auch entsprechend professionalisierte Lehrer den Schülern letztlich nur digitales Online-Lernen anbieten können, aber die unmittelbare persönliche Beziehung, auch zwischen den Schülern, entfällt.

Der Erziehungswissenschaftler Bardo Herzig hat im Auftrag der Bertelsmann Stiftung in einer Studie herausgefunden, dass es zwar „hinreichend(e) empirische Evidenz für spezifische lernförderliche Wirkungen digitaler Medien in Lehr- und Lernprozessen

(gibt), allerdings lassen sich Aussagen weder im Hinblick auf einzelne Medienangebote noch im Hinblick auf spezifische Schülergruppen noch im Hinblick auf spezifische Fächer oder Fachkulturen pauschalisieren“ (www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_IB_Wirksamkeit_digitale_Medien_im_Unterricht_2014.pdf, S. 22). Eine pauschale Digitalisierung des Lernens ist demnach nicht sinnvoll. Digitale Hilfsmittel können nur sehr spezifisch und letztlich auch nur unterstützend eingesetzt werden. Sie können aber weder die Beziehung zwischen Lehrer und Schüler beim Lernen ersetzen, noch trägt Digitalisierung etwas zur eigentlichen Bildung bei.

Entsprechend nannten Schüler aus Deutschland, Österreich und der Schweiz als besondere Herausforderung an erster Stelle die fehlende Absprache mit der Schule bzw. den Lehrern während des Shutdowns (25 Prozent) (www.bildungsmanagement.net/Schulbarometer/HuberEtAl-2020-Schul-Barometer-EinigeBefunde-PPT-20-04-20-sgh.pdf, S. 6). Unterricht ausschließlich über digitale Medien, wie bei den erfolgten Schulschließungen, geht damit an den Bedürfnissen der Schüler vorbei – möglicherweise mit Folgen für das ganze Leben.

Eine ernstzunehmende Folge des Shutdowns könnte ferner eine Zunahme häuslicher Gewalt und des Kindesmissbrauchs sein, wie sowohl der Chef des Bundeskriminalamts, Holger Münch, als auch der Unabhängige Beauftragte der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, befürchten (www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/missbrauchszahlen-1752038). Dem würden eine Vermeidung häuslicher Isolation und eine Sozialkontrolle durch den Kontakt mit Lehrern und Mitschülern entgegenwirken.

Im Falle einer zweiten COVID-19-Welle müssen deshalb flächendeckende Schulschließungen möglichst verhindert werden. Mithilfe von COVID-19-Tests und Schichtunterricht mit geteilten Klassen vormittags und nachmittags muss der Präsenzunterricht so weit wie möglich fortgeführt werden. Wenn Schulschließungen notwendig werden, dann sollten diese begrenzt und regional geschehen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf, gemeinsam mit den Bundesländern einen Qualitätspakt Schule zu schließen, zur

1. Aufstockung des Lehrpersonals an Schulen, um die Klassenteiler für die jeweiligen Schulen bzw. Schularten zu verringern sowie im Falle einer Krise eine Reserve an Lehrkräften zur Verfügung zu haben;
2. Finanzierung baulicher Maßnahmen, um kleinere Klassenteiler zu gewährleisten sowie zur Ermöglichung von Abstandsregelungen in den Klassenräumen und Schulmensen in Epidemiekrisen;
3. Verbesserung der digitalen Infrastruktur und technischen Ausstattung von Schulen. Ob von den zur Verfügung gestellten Mitteln ein Teil zur Unterstützung bedürftiger Schüler verwendet wird, beispielsweise in Form eines Zuschusses zum Kauf eines Endgeräts oder zur Anschaffung eines Leihgerätepools, soll von den Schulen selbst entschieden werden;
4. Finanzierung von Hygienemaßnahmen, wie der Sanierung von Schultoiletten, der Ausstattung von Klassenräumen mit Waschbecken, Papiertuch- und Desinfektionsmittelspendern sowie der Sicherstellung einer ausreichenden Raumbelüftung;
5. Erstellung von Rahmenlehrplänen für den Epidemiefall durch die Kultusministerkonferenz für die Bildungsstandardfächer sowie für die Fächer Musik und Sport. Konzepte zur Gewährleistung eines Musik- und Sportunterrichts sollen hier ausdrücklich mitbedacht werden, um gesundheitsfördernd zu wirken und einen Ausgleich für längere Lernphasen am Bildschirm zu schaffen;
6. Erarbeitung von Konzepten zur Gewährleistung eines Präsenzunterrichts in Epi-

demiefällen, beispielsweise durch Unterricht im Schichtbetrieb oder die vorübergehende Wiedereinführung des Samstagsunterrichts. Neben dem Unterricht im Klassenraum sollen ebenfalls Unterrichtsphasen im Freien bedacht werden, beispielsweise für den Sportunterricht;

7. Entwicklung pädagogisch geeigneter, möglichst einheitlicher digitaler und datenschutzkonformer Lehr- und Lernplattformen sowie zur Entwicklung der hierfür notwendigen Schulungskonzepte für Lehrpersonal, Schüler und Eltern, welche Unterrichtsausfall im Epidemiefall auffangen sollen;
8. Entwicklung epidemiemaßnahmenkonformer Alternativkonzepte zur Ganztagsbetreuung, um auch die Kinder von Familien, deren berufliche Tätigkeit nicht als systemrelevant eingestuft wurde, bei der Betreuung berücksichtigen zu können;
9. Schaffung eines Netzwerkes für Eltern, die im Epidemiefall ihre Kinder selbst beschulen und betreuen müssen – beispielsweise, weil das Kind oder eine andere Person desselben Haushalts einer Risikogruppe angehört. Das Netzwerk soll insbesondere die betroffenen Eltern mit den Lehrern ihrer Kinder vernetzen, um den Heimunterricht inhaltlich möglichst nahe am Präsenzunterricht zu halten, welchen der Schüler nicht besuchen kann;
10. Entwicklung von Konzepten zur Prävention der seltenen Fälle von Gewalt und Missbrauch in Familien durch häusliche Isolation, falls sich in einer Epidemiephase längere Zeiten eines Shutdowns nicht vermeiden lassen sollten;
11. Entwicklung geeigneter Konzepte, die eine Benachteiligung von Schülern mit Sonderförderbedarf weitestgehend ausschließen, sollte es erneut zu epidemiebedingten Einschränkungen des Regelunterrichts kommen;
12. Entwicklung epidemiegeeigneter Konzepte, die eine Benachteiligung von dem Präsenzunterricht nicht beiwohnenden Schülern weitestgehend ausschließen, weil sie entweder selbst oder eine Person desselben Haushalts einer Risikogruppe angehören;
13. Etablierung von Epidemieübungen an Schulen, ähnlich den jährlichen Übungen zum Feuersalarm, um einen routinierten und korrekten Umgang mit Schutz- und Hygienemaßnahmen generell und speziell im Ernstfall für Schüler, Eltern und Lehrer zu gewährleisten.

Berlin, den 26. Juni 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion